

Auszug
aus dem Protokoll der
20. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Planungsausschusses
vom 02.06.2015

Top 8.1 Einvernehmen
hier: Feldstraße
BV/2015/033

Herr Lieberknecht führt in das Thema ein. Auf Nachfrage erklärt er, dass keine Umlegungen des Trafohäuschen und der Stadtwerke-Leitungen erforderlich sind.

Die Grünen sprechen sich für das Einvernehmen aus. Es ist sinnvoll trotz der Bürgerinitiative jetzt schon zu planen, damit keine Zeit verloren geht, falls das Bürgerbegehren scheitert.

Herr Lieberknecht ergänzt, dass das Konzept die Möglichkeit bietet, das Vorhaben auch an einem anderen Standort zu verwirklichen und daher die Planungen auf jeden Fall nicht umsonst sind.

Herr Schumacher fordert 1. eine Übersicht aller städtischen Flächen im Stadtgebiet, 2. die Prüfung der Grünflächen der Pestalozzischule auf Eignung für die Unterbringung von Flüchtlingen und 3. die Prüfung der rechtlichen Möglichkeiten, Belegungsrechte an öffentlich geförderten Wohnungsbauprojekten zu erhalten.

Herr Lieberknecht berichtet, dass die Fülle von Anfragen und Aufträgen den Mitarbeitern sehr viel Arbeit verursacht und bittet eindringlich darum, Anfragen als Anträge zu formulieren, über deren Prüfung dann der Ausschuss abstimmt. Dies wird allgemein abgelehnt.

Die CDU erteilt das Einvernehmen nicht, da sie andere gute Standorte genannt hat. Herr Burmester erklärt, dass das Containerdorf im Ansgariusweg eine Bausünde ist, die man nicht wiederholen soll, indem man ein Holzhaus baut, das sich nicht einfügt. Man darf Flüchtlinge nicht in „Holzkisten“ unterbringen. Es darf nicht von außen sichtbar sein, dass es sich um eine Flüchtlingsunterkunft handelt.

Die Grünen verwahren sich gegen die politisch gefährliche Bezeichnung „Holzkiste“.

Herr Schumacher findet es auch gut, wenn eine Unterkunft nicht gleich als solche erkennbar ist und genau deswegen ist er für dieses Vorhaben.

Die WSI ist geteilter Meinung. Sie sind für die Bebauung des Grundstücks, stören sich aber an den Kosten und werden sich daher enthalten.

Herr Wuttke lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Der Planungsausschuss beschließt mit 6 Ja / 5 Nein / 2 Enthaltungen, das Einvernehmen der Gemeinde gemäß §§ 30, 34 und 36 Abs.1 BauGB für den Neubau einer städtischen Wohnunterkunft in der Feldstraße zu erteilen.